

## Gruppenarbeit Donnerstags in Schwarz

**Stichworte:** Gruppenarbeit, Frauenrechte, Empowerment, Protest, Gewalt  
**Zielformulierung:** Information und Auseinandersetzung mit der Kampagne „Donnerstags in Schwarz“ und ähnlicher Bewegungen und der Problematik Gewalt gegen Frauen.  
**Benötigtes Material:** Kopien der Arbeitsgruppentexte. Flipchart-Papiere, Stifte. Stellwände, bzw. Wandflächen zum Aufhängen der Papiere.  
**Mitte:** Button der Kampagne, Infomaterial (erhältlich über Ev. Frauen in Hessen und Nassau e.V.)  
**Zeitdauer:** 75 Minuten

## Ablauf der Gruppenarbeit

### Begrüßung

#### Gebet

Gott, du Lebendige erhöere mein Gebet,  
vor dich will ich bringen, was mich heute beschäftigt,  
meine Klage, meine Trauer und meine Wut.  
Vor dir will ich mein Herz öffnen für die guten Taten anderer Frauen auf der ganzen Welt.  
Ich will mich durch dein Wort stärken in Hoffnung, Dank und Freude.  
Gib mir Kraft und Zuversicht für mein Tun im Alltag, alleine und mit anderen.  
Amen

**Lied:** Ich lobe meinen Gott, der aus der Tiefe mich holt, Nr. 89

Aus: Durch Hohes und Tiefes, Gesangbuch der Ev. Studierendengemeinden, Strube-Verlag, München 2008

### Einführung

Die vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf ausgerufene Dekade „Solidarität der Kirchen mit den Frauen“ von 1988 bis 1998 wurde bis in die Basis hinein aufgegriffen und mit Leben gefüllt. Auch die EKHN schloss sich an. Im Rahmen dieser Dekade sind viele Berichte und schwerwiegende Ungerechtigkeiten zur Sprache gekommen. Berichte von Vergewaltigungen als Kriegswaffe, Misshandlungen, Gewalt und viele daraus resultierende Tragödien sind uns berichtet worden. Auch in unseren Gruppen und Gemeinden wurde über eigene Leid-Erfahrungen gesprochen. Frauen der jüngeren und der älteren Generation haben auf ihre je eigene Weise solche Erfahrungen erleben müssen und verarbeitet.

Insgesamt wurden Augen und Ohren geöffnet für geschlechtsbezogenen Ungerechtigkeiten in unserem eigenen Alltag, wie auch in anderen Teilen der Welt. Der fokussierte Blickwinkel brachte aber auch all die Aktionen, all die Kämpfe und Widerstandsformen von Frauen zum Vorschein, sich gegen ungerechte Herrschaftsverhältnisse zur Wehr zu setzen. Es wurde der Mut, der langanhaltende Atem, die Beharrlichkeit und die Solidarität der Frauen deutlich. Mit einfachen, aber ausdrucksstarken Signalen verschafften Frauen sich Gehör. Damals haben diese Aktionen inspirierend gewirkt und so wurde zum ersten Mal die Kampagne „Donnerstags in Schwarz“ ausgerufen. Frauen trugen mit dem Tragen schwarzer Kleidung ihren Protest in den öffentlichen Raum.

### **Heute wieder notwendiger denn je**

Die EKD formuliert in einer Anhörung vor dem Gleichstellungsausschuss des Europarats "Frauen und Religion" am 10. September 2004, dass es keine von Gott geschaffene Herrschaftsstruktur im Verhältnis der Geschlechter zueinander gibt. Mann und Frau sind in ihrer geschlechtlichen Eigenart nicht nur gleichwertig, sondern auch gleichberechtigt. So wird es von Politik, von Kirchen und gesellschaftlichen Institutionen unbedacht postuliert.

Aber schon 1991 beschrieb ein Klassiker des Feminismus den Begriff „backlash“, also Rückschlag oder Gegenschlag und offenbarte Bestrebungen konservativer Gruppen gegen Feminismus und Frauenrechte, insbesondere gegen die Berufstätigkeit von Frauen. Bis heute können wir immer neue Facetten und Lebensbereiche erleben, in denen Freiheit und Frauenrechte beschnitten, eingeschränkt oder Frauen diskriminiert werden. Patriarchale Strukturen existieren noch immer, ungleicher Lohn, strukturelle Benachteiligungen durch prekäre Arbeitsverhältnisse, Altersarmut, etc. sind weiterhin Teile unserer Gesellschaft. Aber auch die Würde und die Freiheit von Frauen werden durch sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt unablässig angegriffen. In jedem Land ist geschlechtsbezogene Gewalt eine traurige Realität. Diese Gewalt geschieht häufig im Versteckten, und Opfer beiderlei Geschlechts bleiben oft still aus Angst vor Stigmatisierung und weiterer Gewalt.

Die Statistik der UN-Women und von UNICEF belegen, dass heute eine von drei Frauen körperliche oder sexuelle Gewalt erleben und das meist durch den Partner. Acht von zehn Mädchen werden vor ihrem 17. Lebensjahr in der Öffentlichkeit belästigt und jedes vierte Kind unter fünf Jahren lebt in einem Haushalt, indem es häuslicher Gewalt ausgesetzt ist. Aber auch 246 Millionen Mädchen und Jungen leiden unter Gewalt über die Schulsysteme. 70% der Opfer von Menschenhandel sind Frauen und Mädchen. Das sollte uns nicht kalt lassen.

„Wir alle tragen eine Verantwortung, uns gegen Gewalt auszusprechen, und sicherzustellen, dass Frauen und Männer, Jungen und Mädchen vor Vergewaltigung und Gewalt allgemein in ihrem Zuhause, in der Schule, auf der Arbeit und in den Straßen – an allen Orten in unserer Gesellschaft – in Sicherheit sind,“ so der Ökumenische Rat der Kirchen.

Mary Ann Swenson ist Stellvertretende Vorsitzende des ÖRK-Zentralausschusses und Bischöfin der US-amerikanischen Evangelisch-Methodistischen Kirche. Swenson sagt, das Tragen von schwarzer Kleidung an jedem Donnerstag und das Weitergeben von Geschichten über den Widerstand und die Widerstandskraft von Frauen sei ein wichtiger Teil des Kampfes gegen eine Kultur, die Vergewaltigungen und Gewalt zulasse. „Es ist ein Schritt in Richtung Frieden auf unserem Pilgerweg hin zu Frieden und Gerechtigkeit“. Swenson betont, in den vergangenen 70 Jahren habe es viele inspirierende Frauen gegeben, die Widerstand geleistet und ihre Stimme zu diesem Thema erhoben haben. Sie ist überzeugt, dass auch die Haltungen und Einstellungen in christlichen Kirchen in der Vergangenheit zu dem Problem beigetragen haben, weil sie es zugelassen hätten, dass einige Menschen „die Bibel dazu nutzen, Frauen wie ihr Eigentum zu behandeln.“  
[https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/thursdays-in-black-campaign-relaunches-efforts-to-end-rape-and-violence.](https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/thursdays-in-black-campaign-relaunches-efforts-to-end-rape-and-violence)

**Lied:** Sanftmut den Männern, Nr. 350

Aus: Durch Hohes und Tiefes, Gesangbuch der Ev. Studierendengemeinden, Strube-Verlag, München 2008

### **Arbeitsgruppen: ca. 20 Minuten**

Je nach Anzahl der Teilnehmerinnen sollten sich ca. 4 - 5 Frauen zu einer Arbeitsgruppe zusammenschließen. Wählen Sie unter dem Arbeitsmaterial aus, welche Gruppierungen Sie vorstellen wollen.

Wir machen uns bekannt mit anderen Protestformen von Frauen auf der ganzen Welt:

- Die **Mütter von Verschwundenen** in Buenos Aires, Argentinien, die jeweils am Donnerstag auf der Plaza de Mayo gegen das Verschwinden ihrer Kinder während der Gewaltdiktatur demonstrieren.
- **Abuelas de Plaza de Mayo und die HIJOS**
- Die **schwarz gekleideten Frauen** in Israel und Palästina, die bis heute gegen Krieg und Gewalt protestieren.
- Die **Damen in Weiß** (spanisch Movimiento Las Damas de Blanco „Laura Pollán“) sind eine Gruppe kubanischer Frauen, die sich für die Beachtung der Menschenrechte in ihrem Heimatland einsetzen.
- Die **Samstagsmütter** (Cumartesi Anneleri) ist eine türkische Organisation von Angehörigen und Bürgerrechtlern, die nach dem Verbleib von Personen fragt, die in Polizeihaft „verschwunden“ sind.
- **Mit Lippenstift gegen die Regierung** - Proteste in Nicaragua
- **Frauen in Ruanda und Bosnien**, die sich gegen die Verwendung von Vergewaltigung als Kriegswaffe während des Genozids auflehnten.
- **Gewaltfreier Protest in Weiß**. Leymah Gbowee kämpfte gemeinsam mit den Frauen in Liberia für Frieden.
- Die **Black-Sash-Bewegung** (schwarze Schärpe) in Südafrika, die gegen die Apartheid und die Anwendung von Gewalt gegen schwarze Menschen protestierte.
- **Mit schwarzen Regenschirmen** gegen eine radikale Verschärfung des in Polen ohnehin sehr restriktiven Abtreibungsrechtes.
- Der **Rosenstraße-Protest**. Ende Februar/Anfang März 1943 verlangten „arische“ Ehepartner aus „Mischehen“ und andere Angehörige von verhafteten Juden in Berlin deren Freilassung. Dies war die größte spontane Protestdemonstration im Deutschen Reich während der Zeit des Nationalsozialismus.

### **Aufgabenstellung:**

Bitte fassen Sie in kurzen Worten für eine Wandzeitung schriftlich zusammen: die Protestform, die politische Lage und die Ziele. Was wurde erreicht? Hat die Bewegung in die jeweilige Gesellschaft hineingewirkt und was ist heute von ihr vorhanden?

### **Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse**

Machen Sie Ihre Ergebnisse an Stellwänden oder Wandflächen sichtbar. Zwischen den Präsentationen stehen Sie bitte auf und singen gemeinsam.

**Lied:** Du Gott des Friedens, EG+ 123

**Plenum:** Zusammenführung und Austausch über die Gedanken, die uns diese unterschiedlichen Erfahrungen gezeigt haben.

### **Die Kampagne: Donnerstags in Schwarz**

Schwarz wird oft mit negativen Assoziationen in Bezug auf Rasse in Verbindung gebracht. In dieser Kampagne ist Schwarz die Farbe des Widerstandes und der Resilienz. Ein Informationsfaltblatt kann per E-Mail bei Ev. Frauen in Hessen und Nassau e.V. bestellt werden:  
mechthild.koehl@evangelischefrauen.de.

Die Kampagne ist einfach, aber tiefgründig.

- Tragen Sie am Donnerstag schwarze Kleidung.
- Tragen Sie einen Anstecker, um zu zeigen, dass Sie ein Teil der globalen Bewegung sind, die sich gegen Haltungen und Handlungen auflehnt, die Vergewaltigung und Gewalt dulden.
- Zollen Sie Frauen Respekt, die Ungerechtigkeit und Gewalt die Stirn bieten.
- Ermutigen Sie andere, sich Ihnen anzuschließen.

### **Austausch und Konkretisierung - Ideensammlung:**

Welche Anregungen habe ich für meinen Alltag, für meine Gemeinde bekommen?

**Lied:** Steht auf, steht zusammen.

WGT 2016 Kuba

### **Friedensseggen**

Gott, du Quelle des Lebens, du Atem unsrer Sehnsucht, du Urgrund allen Seins.  
Segne uns, mit dem Licht deiner Gegenwart, das unsre Fragen durchglüht und unsren Ängsten standhält.

Segne uns, damit wir ein Segen sind und mit zärtlichen Händen und einem hörenden Herzen,  
mit offenen Augen, mit mutigen Schritten dem Frieden den Weg bereiten.

Segne uns, da wir einander segnen und stärken  
und Hoffen lehren, wider alle Hoffnung,  
weil du unserem Hoffen Flügel schenkst.

Amen,

so sei es, so ist es, Amen.

Katja Süß

### **Alternativ**

Das wünsche ich dir, mögen sich die Wege vor deinen Füßen ebnen,

mögest du den Wind im Rücken haben,

möge die Sonne warm dein Gesicht bescheinen,

möge Gott seine schützende Hand über dir halten.

Mögest du in deinem Herzen dankbar bewahren die kostbaren Erinnerungen der guten Dinge in deinem Leben.

Das wünsche ich dir, dass jede Gottesgabe in dir wachse

Und sie dir helfe, die Herzen froh zu machen, die du liebst.

Möge freundlicher Sinn glänzen in deinen Augen anmutig und edel,

wie die Sonne, die aus dem Nebel steigend, die ruhige See erwärmt.

Gottes Macht halte dich aufrecht, Gottes Auge schaue auf dich,

Gottes Ohr höre dich, Gottes Wort spreche für dich, Gottes Hand schütze dich!

Afrikanischer Segenswunsch

**Quellen:** [www.oikumene.org/de/mitmachen/thursdays-in-black](http://www.oikumene.org/de/mitmachen/thursdays-in-black)

## Arbeitsgruppen

### Madres de Plaza de Mayo

Die Madres de Plaza de Mayo („Mütter des Platzes der Mairevolution“) ist eine Organisation argentinischer Frauen, deren Kinder unter der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 unter zunächst ungeklärten Umständen „verschwanden“ („Desaparecidos“). Sie ist einer der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen Argentiniens. Während der Militärdiktatur konzentrierte sich ihr Protest zunächst darauf, die Freilassung von Verhafteten oder Informationen über deren Verbleib einzufordern. Danach setzten sich die Madres de Plaza de Mayo für eine strafrechtliche Aufarbeitung der in der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen ein und engagierten sich zudem für ein Gedenken an die Opfer.[1]

Erst nach und nach stellte sich heraus, dass das systematische, geheim gehaltene verschwinden lassen politischer Gegner ein Teil des so genannten schmutzigen Krieges (Guerra Sucia) des Militärs war. Nach dem Übergang zur Demokratie zeigte sich unter anderem in offiziellen Untersuchungen, dass auf diese Weise bis zu 30.000 Menschen ermordet worden waren. Die Mütter gehören zu den wenigen Menschen in Argentinien, die dagegen öffentlich protestierten. Sie gerieten dadurch selbst in Gefahr, so verschwand ihre erste Vorsitzende, Azucena Villaflor, ebenfalls spurlos.[2]

Der Name bezieht sich auf die Plaza de Mayo, den Platz vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires, auf dem sich die Frauen seit der Militärdiktatur trafen, um gegen das Unrecht des Verschwinden Lassens zu protestieren, das ihre Familien auseinanderriss und um Aufklärung der Taten und Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Jeden Donnerstag, erstmals am 30. April 1977, umrunden sie für eine halbe Stunde stumm den Platz, weil Proteste im Stehen seinerzeit verboten waren. Das aus Trauer und Protest getragene weiße Kopftuch der Madres wurde zum bekannten Symbol ihres Widerstands und Kampfes für Gerechtigkeit. Nélica Gómez de Navajas war eine der Initiatorinnen. Die erste Anführerin der Madres war Azucena Villaflor de Vicenti, sie „verschwand“ wie viele andere Argentinier. Ihre Nachfolgerin und heutige Führerin ist Hebe de Bonafini.

Die Amnestiegesetze und Gnadenerlasse, insbesondere das Schlusspunktgesetz und das Gesetz über die Gehorsamspflicht, die die Militärs lange geschützt hatten, wurden während der Amtszeit des von 2003 bis 2007 regierenden Präsidenten Néstor Kirchner aufgehoben und durch das argentinische Verfassungsgericht[3] für verfassungs- und völkerrechtswidrig und somit für nichtig erklärt. Die Madres betreiben heute als nationale Institution eine eigene Zeitung, eine Buchhandlung, einen Radiosender und eine Universität. Am 30. Jahrestag wurden die mittlerweile betagten Mütter mit einem Festakt in Buenos Aires sowie mit zahlreichen Veranstaltungen geehrt.

Vor allem dem Engagement lateinamerikanischer Menschenrechtsaktivisten und dem Engagement von Angehörigen von Desaparecidos wie den Madres ist es zu verdanken, dass am 23. Dezember 2010 die **UN-Konvention gegen verschwinden lassen** in Kraft treten konnte. Durch die Konvention wurde ein neuer Straftatbestand im Völkerrecht implementiert. Dabei ging es nicht zuletzt darum, den Begriff des Opfers auf Familienangehörige von verschwundenen Personen auszudehnen, um ihnen gewisse Rechte zu sichern.[4]

Die Madres de Plaza de Mayo wurden mit folgenden Preisen ausgezeichnet:

- 1992: Sacharow-Preis für geistige Freiheit
- 1999: UNESCO-Preis für Friedenserziehung
- 1999: Methodistischer Friedenspreis

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Madres\\_de\\_Plaza\\_de\\_Mayo](https://de.wikipedia.org/wiki/Madres_de_Plaza_de_Mayo)

## Arbeitsgruppen

### Abuelas de Plaza de Mayo

Die Asociación Civil Abuelas de Plaza de Mayo (Bürgerliche Vereinigung der Großmütter der Plaza de Mayo) ist eine argentinische Nichtregierungsorganisation, deren Ziel es ist, Kinder, die während der Militärdiktatur der 1970er Jahre zur Zwangsadoption freigegeben wurden, aufzufinden und zu ihren Ursprungsfamilien zurückzubringen. Es handelt sich in der Regel dabei um ihre Enkelkinder, also die Nachkommenschaft der gewaltsam „verschwundenen“ Töchter der in der Organisation zusammengeschlossenen Frauen. Darüber hinaus wollen die Großmütter die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Präsidentin ist Enriqueta Estela Barnes de Carlotto.

Hintergrund ist, dass während der Diktatur geborene Babys von in Gefangenschaft befindlichen Regimegegnerinnen systematisch geraubt, und die Mütter anschließend gefoltert und umgebracht wurden. Die Organisation schätzt, dass es in Argentinien insgesamt etwa 500 von den Schergen der Diktatur geraubte und dann im Geheimen zur Adoption durch Militärs freigegebene Kinder gibt. In mindestens 105 Fällen wurden bis zum Jahr 2013 während der Militärdiktatur verschwundene Kinder an Elternteile oder rechtmäßige Familien zurückgegeben. Die Bemühungen dauern an. Die Konfrontation mit ihrer biologischen Herkunft ist für die mittlerweile erwachsenen Kinder meist ein sehr schmerzhafter Prozess – auch deswegen, weil ihre Adoptivväter als damalige Offiziere nicht selten an der Folterung und Ermordung ihrer leiblichen Eltern beteiligt waren.[1] Einige dieser mittlerweile erwachsenen Kinder haben die Organisation HIJOS gegründet, die sich für eine harte Strafverfolgung der damaligen Täter einsetzt.

Im März 2011 wurden die Großmütter der Plaza de Mayo für ihr Engagement in der Friedensbildung von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit dem Félix-Houphouët-Boigny-Friedenspreis ausgezeichnet.[2]

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Abuelas\\_de\\_Plaza\\_de\\_Mayo](https://de.wikipedia.org/wiki/Abuelas_de_Plaza_de_Mayo)

## Arbeitsgruppen

### HIJOS

HIJOS oder H.I.J.O.S. ist ein Akrostichon und pars pro toto für die seit Jahren wachsende argentinische Organisation Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio, 'Kinder für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Schweigen'. „Hijos“ ist auch das spanische Wort für „Kinder“.

Die 1999 gegründete Organisation HIJOS besteht in erster Linie aus jungen Erwachsenen, die als Kinder Opfer der im Jahr 1976 durch einen Militärputsch an die Macht gekommenen Junta-Regierung unter General Jorge Rafael Videla wurden. Während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 führte der Staat einen selbst erklärten Schmutzigen Krieg gegen militante Widerstandsgruppen und Oppositionelle, dem bis zu 30.000 Menschen zum Opfer fielen. Oft hatten die Opfer keinerlei illegale Tätigkeiten ausgeübt, sondern waren lediglich durch ihre politische Position, eine Gewerkschafts- oder soziale Tätigkeit verdächtig, dann heimlich inhaftiert und umgebracht worden. Solche Menschen werden in Argentinien bzw. in ganz Lateinamerika als Desaparecidos (Verschwundene) bezeichnet. Während der Diktatur geborene Babys von in Gefangenschaft befindlichen Frauen wurden systematisch geraubt, die Mütter anschließend gefoltert und umgebracht. Die so zu Waisen gemachten Babys wurden von den Militärs teilweise zwangsweise ohne Wissen der Familien der Mütter zur Adoption freigegeben, meist an kinderlose Offiziersfamilien oder befreundete Geschäftsleute, wo die Kinder scheinbar normal aufwuchsen. Die HIJOS bestehen einerseits aus solchen Kindern, die später von ihrer Herkunft erfahren haben, oft nach ihrem Aufspüren durch die Organisation Abuelas de Plaza de Mayo ('Großmütter der Plaza de Mayo'), in der sich die Mütter der damals ermordeten Frauen organisiert haben.[1] Andererseits befinden sich in ihr Kinder von Verschwundenen, die in ihren Herkunftsfamilien, d. h. bei Großeltern, Onkeln und Tanten, oder bei mit den Eltern befreundeten Familien aufwuchsen, und für die Gerechtigkeit und Aufklärung der Verbrechen in Verbindung mit dem illegalen verschwinden lassen ihrer Eltern kämpfen.

Die Organisation HIJOS schätzt, dass es in Argentinien insgesamt etwa 500 von den Schergen der Diktatur geraubte und dann im Geheimen zur Adoption durch Militärs freigegebene Kinder gibt. In mindestens 105 Fällen wurden bis zum Jahr 2013 während der Militärdiktatur verschwundene Kinder an überlebende Elternteile oder rechtmäßige Familien zurückgegeben. Die Bemühungen dauern an. Die Konfrontation mit ihrer biologischen Herkunft ist für die mittlerweile erwachsenen Kinder meist ein sehr schmerzhafter Prozess – auch deswegen, weil ihre Adoptivväter als damalige Offiziere nicht selten an der Folterung und Ermordung ihrer leiblichen Eltern beteiligt waren.[1]

Die linksgerichtete Organisation hängt eng mit den Madres de Plaza de Mayo ('Mütter der Plaza de Mayo') und den Abuelas de Plaza de Mayo ('Großmütter der Plaza de Mayo') zusammen. Diese beiden Organisationen bildeten sich aus den Müttern der entführten und ermordeten Menschen, also der Großelterngeneration der HIJOS. Die dazwischenliegende Elterngeneration existiert nicht mehr bzw. wurde von den Militärs ermordet. Während die Madres in erster Linie nach dem Verbleib ihrer ermordeten Kinder fragen und die Abuelas ihre Enkel suchten, die zu einem großen Teil anonym adoptiert wurden, häufig von Militärs und anderen dem Regime nahestehende Personen, wollen die HIJOS in erster Linie, dass die Täter strafverfolgt werden und ihre Haftstrafen nicht, z. B. aufgrund des Alters der Täter, abgemildert werden.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hijos>

## Arbeitsgruppen

### Women in Black

Women in Black – Frauen in Schwarz. Ihre Geschichte begann im Januar 1988. 20 Jahre nachdem Israel im sog. Sechstagekrieg Juni 1967 die Westbank, Gaza und Ostjerusalem besetzt hatte, brach im Dezember 1987 die erste Intifada, der erste palästinensische Aufstand, aus. Einen Monat später versammelte sich eine kleine Gruppe israelischer und palästinensischer Frauen an einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt in Jerusalem, schwarz gekleidet, mit Schildern in Form schwarzer Hände mit weißer Aufschrift: „Stop the Occupation“ („Ende der Besatzung!“) in hebräischer, arabischer und englischer Sprache - eine einfache und klare Botschaft mit breiter Wirkung. Sie standen jede Woche zur selben Zeit am selben Ort, schweigend, um gegen die Gewalt und gegen das Unrecht zu protestieren, die den Palästinensern angetan wurde. Innerhalb weniger Wochen breitete sich diese schlichte, einprägsame und leicht zu praktizierende Form der Mahnwache spontan in Israel aus. Sie hatten Vorgängerinnen: Black Sash (1955) in Südafrika, die Madres de la Plaza de Mayo (1977) in Argentinien, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (1915) in Den Haag, das Greenham Common Women`s Peace Camp (1980) in Großbritannien u.a., und sie hatten und haben Nachahmerinnen in mittlerweile ca. 30 Ländern. In Deutschland gibt es Mahnwachen der „Frauen in Schwarz“ in ca. 12 Städten. Auch Männer nehmen oft teil. Women in Black sind inzwischen ein weltweites Netzwerk von Frauen, die sich dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Gewaltlosigkeit verpflichtet haben und die neben dem ursprünglichen palästinensischen Anliegen jeweils auch ihre eigenen thematischen Akzente setzen.

Women in Black sind keine Organisation, sondern eine Bewegung, deren Gemeinsamkeit in der besonderen Form der Mahnwache besteht, wie sie die Frauen in Jerusalem entworfen haben und bis heute praktizieren, denn die Besatzung dauert an. Seit 1991 wurden die Women in Black mehrfach ausgezeichnet, zuletzt 2001 mit dem Millennium Frauen-Friedenspreis der UNIFEM (United Nations Development Fund for Women). Die Internationale Bewegung, vertreten durch Women in Black Israel und die serbischen Gruppen, wurde 2001 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Weitere Informationen im Internet unter [www.womeninblack.org](http://www.womeninblack.org) und [www.coalitionofwomen.org](http://www.coalitionofwomen.org).

Mahnwache der Women in Black Jerusalem, Hagar Square (Pariser Platz). In Israel sind die Women in Black Mitglied der Coalition of Women for Peace, einem Verband, in dem 10 Frauen-Friedensgruppen organisiert sind und der auch unabhängig von den Aktivitäten seiner Mitglieder in vielfältiger Weise international tätig ist. Er wurde nach dem Ausbruch der zweiten (Al-Aqsa-)Intifada im September 2000 gegründet und ist heute eine führende Stimme der Friedensbewegung. Die Women in Black Israel halten regelmäßig Mahnwachen in Gan Shmuel, Haifa, Jerusalem, Carmiel, Meggido, Nachshon und Tel-Aviv, jeden Freitag von 13 – 14 Uh

Quelle: [http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/WomenInBlackMuenchen-2%20\\_2\\_.pdf](http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/WomenInBlackMuenchen-2%20_2_.pdf)

### **5.000 palästinensische & israelische Frauen verbünden sich, fordern gemeinsam Frieden**

„Wir müssen es tun. Niemand sonst wird es tun. Die Männer reden, wir Frauen handeln.“

Letzten Monat, am 8. Oktober 2017, marschierten tausende in weiß gekleidete Frauen (Weiß = Symbol des Friedens) durch die Wüste, um die Staats- und Regierungschefs dazu aufzurufen, den Israel-Palästina-Konflikt zu beenden. Frauen palästinensischer und israelischer Herkunft marschierten von der südlichen Negev Region bis zu einem 'Friedenszelt', das am Rande des Jordanflusses aufgestellt war. Seinen Höhepunkt fand die Aktion dann am Sonntagabend im Unabhängigkeits-Park in Jerusalem.



Laut Haaretz versammelten sich rund 30.000 Menschen vor dem Wohnsitz des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, um ihn zu einem neuen Friedensabkommen zu bewegen. „Wir sind Frauen mit unterschiedlichem politischen Hintergrund, wir sind Juden und Araber, wir sind aus den Städten und den umliegenden Dörfern, und wir haben beschlossen, dass wir den nächsten Krieg verhindern werden“, so Marilyn Smadja, eine der Gründerinnen von 'Women Wage Peace'.

Die Organisation wurde 2014 gegründet, nachdem 2.100 Palästinenser im Krieg am Gazastreifen getötet wurden, berichtet die Nachrichtenagentur 'Independent'. Inzwischen hat die Organisation rund 40.000 Mitglieder, von denen etwa 30% Männer sind. Viele der Gruppenmitglieder argumentieren, dass Frauen bei den Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern eine größere Rolle spielen sollten.

„Wir müssen es tun. Niemand sonst wird es für uns tun“, sagte einer der Protestteilnehmerinnen, Yael Tiedel, gegenüber dem Sender CNN. „Unsere Staats- und Regierungschefs haben es bisher nicht geschafft, nun liegt es in unserer Verantwortung, es zu verwirklichen.“

Eine UN-Studie ergab, dass Frauen weltweit in Friedensverhandlungen stark unterrepräsentiert sind. Dem Bericht zufolge sind in den letzten 15 Jahren bei lediglich einem von vier Friedensabkommen Frauen miteinbezogen worden. Im Jahr 2011 haben nur bei der Hälfte aller Friedensverhandlungen Frauen mitgewirkt. (Diese Zahl stieg 2014 auf 88% an, was größtenteils an einem offiziellen Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen lag. In dem Beschluss wurden die Konfliktparteien dazu aufgerufen, die Rechte von Frauen zu schützen und sie gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtungen und dem Wiederaufbau mit einzubeziehen).

Im Fall des israelisch-palästinensischen Konflikts wurde laut der Studie der Einfluss von Frauen im Friedensprozess als „gar nicht bis schwach“ eingestuft. Nach Angaben von 'Forward' war im Jahr 2015 in Israel lediglich eine einzige Frau im Sicherheitskabinett des Landes vertreten. Gemäß dem UN-Bericht, steigen die Chancen für ein dauerhaftes Abkommen deutlich, wenn die Stimmen der Frauen in Friedensgespräche aufgenommen werden. So stellte die Studie nachweislich fest, dass die Wahrscheinlichkeit, ein Friedensabkommen über zwei Jahre aufrechtzuerhalten, um 20% zunimmt, wenn Frauen bei den Verhandlungen vertreten sind. Die Wahrscheinlichkeit eines 15 Jahre andauernden Friedensabkommens ist sogar um 35% höher, wenn Frauen am Verhandlungstisch vertreten sind.

„Männer reden, aber Frauen handeln“, sagt die Palästinenserin Suzann Abed vom Friedensmarsch. „Frauen haben Macht. Ich weiß, wie stark Frauen sind.“

Quelle: <https://www.globalcitizen.org/de/content/women-wage-peace-march-israel-palestine-conflict/>

## Arbeitsgruppen

### Damen in Weiß

Die Damen in Weiß (spanisch Movimiento Las Damas de Blanco „Laura Pollán“) sind eine Gruppe kubanischer Frauen, die sich für die Beachtung der Menschenrechte in ihrem Heimatland einsetzen. Die Frauengruppe der kubanischen Opposition entstand 2003 als Zusammenschluss von Angehörigen und Lebenspartnern 79 regierungskritischer Journalisten, Oppositionspolitiker und Menschenrechtsaktivisten (der sogenannten „Gruppe der 75“), die im Rahmen der kubanischen staatlichen Gewaltwelle des „Schwarzen Frühlings“ verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren und für deren Befreiung die Gruppe mit der kubanischen Regierung stritt. Durch diesen öffentlich ausgetragenen, vor allem international viel beachteten Kampf und die dabei erlittenen, teilweise gewaltsamen Verfolgungsmaßnahmen durch die kubanischen Staatsorgane wurden die Damen in Weiß zu Kubas bekanntester Menschenrechtsgruppe. Mit der Freilassung der letzten der im Jahr 2003 inhaftierten politischen Gefangenen im März 2011 und der zwischenzeitlichen Ausreise eines großen Teils ihrer ursprünglichen Mitglieder hat die Gruppe ihre Aktivitäten nicht eingestellt, sondern protestiert in öffentlichen sonntäglichen Demonstration in Havanna weiterhin gegen Verletzungen der Menschenrechte durch die kubanische Regierung.[1] Zu Ehren ihrer im Oktober 2011 verstorbenen Sprecherin nahmen die Damen in Weiß den Zusatz „Laura Pollán“ in ihren Gruppennamen auf.[2]

Die größte Gruppe der Damen in Weiß marschiert jeden Sonntag in der kubanischen Hauptstadt Havanna mit Gladiolen in Händen entlang der Quinta Avenida im Anschluss an den Besuch der Messe in der Kirche Santa Rita de Casia im Stadtteil Miramar. Ähnliche, jedoch wesentlich kleinere und weniger beachtete Aktivitäten werden auch in anderen Teilen des Landes durchgeführt. Die Damen in Weiß tragen weiße Kleidung, die sowohl für Frieden als auch für die Unschuld der verhafteten Männer und Söhne steht. Bis zu deren Entlassung trugen die Frauen Bilder der Gefangenen mit sich, um öffentlich auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Im Lauf der Jahre haben sich den unmittelbaren Angehörigen der politischen Gefangenen zahlreiche Sympathisantinnen angeschlossen – die sogenannten **Damas de Apoyo** („**Unterstützungsdamen**“), die sich an den Schweigemärschen beteiligen.[3] Zur Vermeidung von Unterwanderung der Gruppe durch kubanische Geheimdienstmitarbeiter werden die Damas de Apoyo jedoch nicht am Entscheidungsprozess der eigentlichen Damen in Weiß beteiligt, die sich allein aus Lebenspartnern und direkten weiblichen Angehörigen der im Frühjahr 2003 Verhafteten zusammensetzen.[4]

Bis März 2011 wurden die 79 im Jahr 2003 verhafteten und in der Folge zu langjährigen Haftstrafen verurteilten Oppositionellen vorzeitig auf Bewährung freigelassen. Die größte Zahl von ihnen reiste mitsamt ihren Angehörigen unmittelbar nach Spanien aus, was ihnen von Vertretern der kubanischen und spanischen Regierung sowie der Katholischen Kirche Kubas nahegelegt worden war. In Spanien befindet sich somit inzwischen auch die Mehrheit der ursprünglichen Damen in Weiß, die den Kontakt zum in Kuba verbliebenen Rest der Gruppe ebenso aufrecht halten wie das öffentliche Eintreten für die Rechte der friedlichen Opposition in ihrer Heimat.[7] Im Vorfeld des Papstbesuches von 2012 hatte die Gruppe ihre Aktivitäten verstärkt worauf rund 30 Personen vorübergehend festgenommen wurden.[8]

Seit dem Abschluss der acht Jahre lang als Hauptziel geforderten Entlassungen haben die Damen in Weiß ihre Gruppe als für alle Kubanerinnen offene Bewegung des zivilen Widerstands neu definiert. Sie wollen ihre öffentlichen Proteste gegen die Regierung fortsetzen und sich auch weiterhin gegen jede Art von Menschenrechtsverletzung in ihrem Land einsetzen. Dabei soll insbesondere das in der kubanischen Gesellschaft und Politik verbreitete, traditionelle Phänomen des Machismo bekämpft und die Position der Frau gestärkt werden.[9][10] Außerdem wollen sie verstärkt auch außerhalb Havannas in Erscheinung treten.[11] Nach eigenen Angaben wächst die Gruppe in mehreren Landesteilen, in Havanna gebe es 82 Damen in Weiß, in der östlichen Provinz Santiago de Cuba 34 (Stand: August 2011).[12]

### **Abspaltung der „Bürgerinnen für die Demokratie“**

Im September 2014 formierte sich in der ostkubanischen Provinz Santiago de Cuba die Menschenrechtsgruppe „Bürgerinnen für die Demokratie“ (spanisch: Ciudadanas para la democracia). Bei ihrer Gründung bestand die Gruppe mit rund 30 von 60 Frauen aus ehemaligen Angehörigen der Damen in Weiß, die kurz zuvor im Streit aus der von Berta Soler geführten Organisation ausgeschieden waren. Bürgerinnen für die Demokratie wird von Belkis Cantillo angeführt, die 2003 als damalige Ehefrau des politischen Gefangenen José Daniel Ferrer zu den Gründungsmitgliedern der Damen in Weiß gehört hatte und später als Repräsentantin der Organisation im Osten des Landes fungierte. Unter Behinderung durch die kubanische Staatssicherheit und zahlreichen vorübergehenden Festnahmen setzen die Bürgerinnen für die Demokratie die Praxis der sonntäglichen Protestdemonstrationen an der Wallfahrtskirche der Virgen de la Caridad del Cobre in der Nähe Santiagos fort und tritt für dieselben Ziele ein wie die weiterbestehenden Damen in Weiß.[13][14]

Durch ihre Aktionen hat die Frauengruppe die Blicke der internationalen Öffentlichkeit auf sich gezogen. Das Regime beobachtet die Vereinigung mit großer Aufmerksamkeit durch den Staatssicherheitsdienst und hat bisher mit einer Strategie aus mehreren Maßnahmen reagiert: In den staatlich kontrollierten Medien werden die Damen in Weiß regelmäßig als Feinde Kubas dargestellt und diffamiert. Außerdem veranstalten die Behörden zahlreiche sogenannte Actos de Repudio („Ablehnungs-Aktionen“), zu denen Regierungsanhänger (in Zivil) in großer Zahl vor den Wohnungen der Oppositionellen versammelt werden, um diese mit persönlichen Beleidigungen, politischen Sprechchören und teilweise Wurfgeschossen zu überziehen, ohne dass die Polizei dies verhindern würde. Nach offizieller Darstellung handelt es sich bei diesen Einschüchterungsmaßnahmen um spontane Ausdrücke des Volkszorns. Auf ähnliche Weise wurden mehrere der Schweigemärsche der Damen in Weiß behindert und blockiert (im Einzelfall bis zu sieben Stunden lang),[25] bis sich die Regierung im Mai 2010 auf Vermittlung der katholischen Kirche zu einem Ende der Blockaden auf der traditionellen, rund drei Kilometer langen Marschstrecke auf der Quinta Avenida bereit erklärte.[26] Nach anderthalbjähriger Duldung durch die Behörden wurde der traditionelle, friedliche Marsch von rund fünfzig Damen in Weiß im Anschluss an den Kirchgang in Havanna-Miramar erstmals am 11. Dezember 2011 wieder unter Mitwirkung der Polizei von einer zur Einschüchterung der Demonstrantinnen versammelten Menschenmenge blockiert.[27]

Als Reaktion auf die Demonstrationen (außerhalb des Umfeldes der Kirche Santa Rita) und auch zu ihrer Verhinderung greifen die kubanischen Behörden zum Mittel vorübergehender Festnahmen von Damen in Weiß.[28] Nach einer deutlichen Zunahme solcher Festnahmen sowie von den Behörden veranlasster Gewalt- und Einschüchterungsmaßnahmen[29] riefen unter anderem die internationalen Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights First die kubanische Regierung zuletzt im September 2011 dazu auf, derartige repressive Maßnahmen zu beenden und die Damen in Weiß nicht länger an der Durchführung ihrer friedlichen Märsche und am Besuch von Gottesdiensten zu hindern.[30][31][32]

Innerhalb des breiten Spektrums der kubanischen Opposition nehmen die Damen in Weiß eine herausragende Stellung ein, da sie als einzige erreicht haben, dass ihre öffentlichen Protestaktionen von den Behörden geduldet werden – wenn auch innerhalb enger Grenzen.[33] Auch prominente kubanische Künstler, die auf Kuba leben und zu den Unterstützern des von der Regierung vertretenen politischen Systems gehören, haben den Damen in Weiß seit 2010 ihren Respekt ausgesprochen, so beispielsweise der Musiker Frank Delgado.[34] Die Musiker Carlos Varela und Pablo Milanés gingen jeweils noch einen Schritt weiter und verurteilten die gegen die Damen in Weiß im Namen der Revolution verübten Gewaltakte ausdrücklich.[35][36]

Ab 2005 wurden der Gruppe bis 2013 mit dem „Václav-Havel-Preis für kreativen Dissens“ der Human Rights Foundation viele Auszeichnungen zugesprochen.

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Damen\\_in\\_Wei%C3%9F](https://de.wikipedia.org/wiki/Damen_in_Wei%C3%9F)

## Arbeitsgruppen

### Samstagsmütter

Die Samstagsmütter (Cumartesi Anneleri) ist eine türkische Organisation von Angehörigen und Bürgerrechtlern, die nach dem Verbleib von Personen fragt, die in Polizeihaft „verschwunden“ sind. Die Bewegung der Samstagsmütter ist eng mit der Familie Ocak verbunden. Hasan Ocak, der Sohn von Emine und Erdoğan Ocak, wurde das letzte Mal am 21. März 1995 in Freiheit gesehen. Nach seiner Festnahme "verschwand" er. Eine Frau sagte, dass sie ihn in Gefangenschaft gesehen hat und dass sie nach 11 Tagen Haft frei kam. Am 4. April hielt die Familie Ocak also eine Pressekonferenz und am 10. April organisierten sie eine Demonstration im Kadıköy Distrikt in Istanbul an welcher etwa 400 Personen teilnahmen. Am 11. April 1995 protestierte Emine Ocak zusammen mit anderen die Familienangehörigen vermissten, in einem Gerichtssaal. Sie riefen: "Wir wollen unsere Söhne." Ocak und eine weitere Person wurden darauf zu einem Monat Haft verurteilt. Nach 12 Tagen kamen sie frei.[1]

Am Samstag, dem 27. Mai 1995, demonstrierte die Familie Ocak vor dem Galatasaray-Gymnasium für die Bestrafung des Mörders ihres Sohnes Hasan, der am 21. März 1995 im Rahmen der Unruhen in Gazi 1995 vor dem Gymnasium festgenommen worden war. Zuvor hatte sich Emine Ocak im April 1995 auch noch vor dem Gouverneursamt festgekettet und ein Gespräch mit dem Gouverneur gefordert. 58 Tage nach dem Verschwinden war sein Grab auf einem Armenfriedhof entdeckt und am 19. Mai, wenige Tage vor dem Start der Aktion, war Hasan Ocak unter großer Anteilnahme begraben worden.[2] In jener Zeit kam es in der Türkei gehäuft vor, dass Festgenommene gefoltert und getötet wurden. Die Leichname der Opfer wurden aus Hubschraubern über Waldgebieten abgeworfen, in Brunnen oder Massengräbern verscharrt oder in Öfen verbrannt.[3]

Ab dem 27. Mai 1995 demonstrierten während etwa 4 Jahren jeden Samstag Personen für die Aufklärung dieser Straftaten, die gegen Inhaftierte begangen wurden. Erst kamen nur wenige Personen zu den samstäglichem Demos, dann wurden es mehr. Normalerweise kamen sie jeweils um 12.00 Uhr zusammen, saßen für eine halbe Stunde zusammen auf dem Galatasaray-Platz und hielten Fotos ihrer verschwundenen Verwandten in den Händen.[4] Im Jahre 1999 stellten sie die Kundgebungen ein, weil sie von den Behörden oft aufgelöst wurden.[5][6]

Seit 2009 gehen die Samstagsmütter wieder zu Kundgebungen vor dem Galatasaray-Gymnasium. Im Jahre 2011 wurde eine Delegation der Samstagsmütter von Recep Tayyip Erdoğan zu Gesprächen empfangen.[5] Erdoğan versprach Aufklärung.[7] Einige der Fälle von verschwundenen Gefangenen wurden dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgetragen und die Türkei wurde mehrmals verurteilt.[8]

Am 25. August 2018 wurde die 700. Kundgebung von den türkischen Sicherheitskräften gewaltsam und mit Wasserwerfern und Tränengas aufgelöst.[9] Die 82-jährige Emine Ocak, eine der Begründerinnen der Bewegung, wurde festgenommen. Insgesamt wurden 47 Personen festgenommen, nach einer Befragung aber wieder freigelassen.[5] Einige HDP-Abgeordnete verhinderten die Festnahme Arat Dinks, des Sohnes des ermordeten armenischen Journalisten Hrant Dink. Auch CHP-Abgeordnete intervenierten vor Ort. Nach der 700. Kundgebung verbot die türkische Regierung die wöchentlichen Kundgebungen der Samstagsmütter bis auf weiteres. Istanbul Behörden sowie auch Innenminister Süleyman Soylu begründeten das Verbot mit Verbindungen zur Arbeiterpartei Kurdistans.[10][5] Die Samstagsmütter bestreiten, dass sie für eine Terrororganisation arbeiten, und wollen, dass Soylu zu ihnen kommt und ihnen zuhört, statt ihre Kundgebungen zu verbieten.[10]

2013 wurde die Gruppe mit dem Hrant Dink Foundation Award[4] ausgezeichnet.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Samstagsm%C3%BCtter>

## Arbeitsgruppen

### Mit Lippenstift gegen die Regierung - Proteste in Nicaragua 2018

Der Präsident Nicaraguas und Ex-Guerillero Daniel Ortega lässt nicht los von der Macht, Proteste werden mit Gewalt niedergeschlagen. Aber die Opposition ist kreativ. Seit Oktober sind Demonstrationen offiziell verboten und seither testet die Fantasie des Protests stets aufs Neue die Obrigkeit: Holzkreuze mit blau-weißen Luftballons stehen an Straßenecken, blaue und weiße Blumen zieren die Gräber. Wegen der blau-weiß verzierten Grabsteine wanderten einige Personen für ein paar Tage in den Knast. Auch blau-weiße Luftballons sind hochverdächtig. Der Initiator der Initiative sitzt im Gefängnis. Blau-weiße Luftballons sind genauso verdächtig wie rote Lippen, überall sieht man Leute im Rahmen der Rotschnabel-Aktion „Pico Rojo“ mit knallrot angemalten Lippen. Und wer sich einfach nur so die Lippen rot anmalt, gilt schon als subversiv.

Marlen Chow ist Mitte 60, Soziologin, Ex Guerillakämpferin und jetzt energische Gegnerin von Präsident Daniel Ortega, hat nach einer Verhaftung die Aktion ‚Rotschnabel‘ – ‚pico rojo‘ initiiert. „Ich habe den Frauen, die mit mir inhaftiert waren, gesagt: Malt euch die Lippen rot an. Und heimlich hat sich eine nach der anderen mit meinem Lippenstift rot geschminkt. Und auf einmal hatten wir alle rote Lippen und haben gesagt: Wir sind die Rotschnäbel, und so lange wir inhaftiert bleiben, bleiben auch die Lippen rot angemalt.“

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich ihre Geschichte durch die Medien und sozialen Netzwerke. „Selbst Männer haben angefangen, sich die Lippen rot anzumalen. Das war wunderbar, denn dass ein Mann bei so einer Aktion mitmacht, kommt einer Revolution gleich, die viele unheilvolle Symbole dieser Regierung zerstört.“ Nicht mehr als Verführer, sondern als schwerer Regierungskritiker gilt derzeit in Nicaragua, wer sich die Lippen knallrot schminkt. Das kann Konsequenzen haben. Brutal geht die Polizei in Uniform und vor allem in Zivil gegen all jene vor, die ihrem Unmut über Präsident Ortega und seine Frau Murillo, zugleich Vizepräsidentin im Land, besonders kreativ Luft machen.

„Hauptauslöser der Protestbewegung war die Unfähigkeit des Staates, den Brand in dem Naturpark Indio Maiz unter Kontrolle zu bringen, und später die Repression, mit der gegen diejenigen vorgegangen wurde, die dagegen demonstrierten,“ das sagt Amaro Ruiz, Sozialaktivist und Vorsitzender der Fundacion del Rio, im Süden des Landes. Der Vorfall mobilisierte vor allem die ländliche Bevölkerung und Studenten. Am 18. April kündigte die Regierung dann noch eine Rentenkürzung und eine Beitragsanhebung in der Sozialversicherung an. Die brachte zunächst die Rentner, dann die Studenten und andere Bürger auf die Straße. Die Reform wurde zwar zurückgenommen, die Proteste freilich blieben. Es war der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Seit 2007 regiert Präsident Ortega ununterbrochen. Die Opposition sprach nach der letzten Wahl von Wahlbetrug und wirft ihm und seiner als Vizepräsidentin agierenden Ehefrau Rosario Murillo persönliche Bereicherung und Korruption vor.

Die Bilanz, die Menschenrechtsorganisationen ziehen, ist erschreckend: Je nach Organisation und Erhebung zwischen 320 und 528 Tote, bis zu 4000 Verletzte, hunderte Menschen, die verschwunden sein sollen, und viele Inhaftierte. Die Regierung unterbreitet ein Angebot zur Aussöhnung, hat jedoch den im Sommer initiierten Dialog mit der Opposition unter Vermittlung der Kirche abgebrochen. Begründung: die Kirche sei parteiisch. Priester werden als Anstifter der Unruhen attackiert. Welchen Ausweg gibt es? „Den Dialog. Es muss eine Verständigung zwischen den in der blau-weißen Allianz zusammengeschlossenen Kräften und der Regierung geben“, so Schriftsteller Sergio Ramirez. Quelle: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/proteste-in-nicaragua-mit-lippenstift-gegen-die-regierung.979.de.html?dram:article\\_id=433032](https://www.deutschlandfunkkultur.de/proteste-in-nicaragua-mit-lippenstift-gegen-die-regierung.979.de.html?dram:article_id=433032)

## Arbeitsgruppe

### Vergewaltigung als Kriegswaffe - Bosnien und Ruanda

Die Anwendung von sexualisierter Gewalt an Frauen und Mädchen innerhalb eines Krieges ist bereits aus der Antike bekannt. Und auch heute noch, werden Vergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt. Egal wo oder welche Nationalität, Vergewaltigungen sind ein fester Bestandteil eines jeden Krieges. Alleine im Jugoslawienkrieg sind in Bosnien mindestens 25.000 muslimische Frauen Kriegsvergewaltigungen zum Opfer gefallen. Ebenso im ersten Weltkrieg wurden vielzählige, belgische Frauen von deutschen Soldaten sexuell genötigt. Ebenfalls der Einmarsch der roten Armee in Deutschland im Jahre 1945 führte zu zahlreichen Vergewaltigungen. Bis heute sitzt der Schock bei den betroffenen Frauen tief. Jahrzehntlang haben sie geschwiegen. Viele brachten Mut auf, über die traumatisierenden Ereignisse zu sprechen. Viele schweigen nach wie vor, Tag für Tag. Viele haben nie darüber gesprochen. Sie litten und leiden, still und heimlich.

Die sexuelle Nötigung von Frauen wird in kriegerischen Auseinandersetzungen als systematische Waffe gegen die Feinde eingesetzt. Sie dienen als Zeichen der Macht und sollen die Gemeinschaft der Gegner zerstören. Nicht zuletzt da zahlreiche Vergewaltigungen vor Augen des Ehemanns oder der Familie stattfanden. So wurde der Feind gravierend gedemütigt. Folglich wurden ganze Familien und Gemeinschaften zerstört. Eine ganze Bevölkerung wurde sozusagen durch den Feind „beschmutzt“. Frauen werden körperlich und psychisch zerstört, um die soziale Stabilität des Gegners zu vernichten. Denn immerhin sind es die Frauen, die in Friedens- und Kriegszeiten für die Aufrechterhaltung der Gemeinschaft sorgen.

Schätzungen zufolge kam es im Zweiten Weltkrieg, allein auf deutschem Gebiet, zu mindestens zwei Millionen Vergewaltigungen. Davon starben rund 240.000 Betroffene unmittelbar darauf. Auf russischem Boden wurden etwa 10 Millionen Frauen und Mädchen von deutschen Soldaten vergewaltigt. Somit sind Kriegsvergewaltigungen ein wesentlicher Bestandteil eines jeden Krieges.

### Kriegsvergewaltigungen und deren folgenschwere Auswirkungen

Die missbrauchten Frauen und Mädchen leiden meist ihr Leben lang an den schwerwiegenden Folgen. Sie leiden häufig unter einer posttraumatischen Belastungsstörung. Dies beinhaltet folgende Auswirkungen:

- wiederkehrende, belastende Erinnerungen/Wahrnehmungen/Gedanken und Alpträume
- psychische und körperliche Belastungen bei gewissen Reizen, die an die sexuelle Nötigung erinnern
- Flashbacks

Die betroffenen Frauen versuchen oft jegliche Verbindung mit dem traumatisierendem Ereignis zu vermeiden. Dies stellt eine starke Lebenseinschränkung für die betroffenen Frauen dar. Weitere Folgen sind Depressionen, Suchtverhalten, Persönlichkeitsstörungen, Schlafstörungen, Konzentrations-schwierigkeiten, extreme Schreckhaftigkeit und vieles mehr.

### Kriegsvergewaltigungen im Kongo

Die Bevölkerung in der Demokratischen Republik Kongo ist seit Jahren Massengewalt ausgesetzt. Ganze Dörfer ergreifen deshalb die Flucht. Dies ist nicht nur für die betroffenen Frauen und Mädchen grauenhaft, sondern auch für deren Männer, die nichts dagegen unternehmen können und hilflos zusehen müssen. Die Frauen im Kongo werden zur Beute von bewaffneten Männern. Doch nicht nur Frauen werden zu Opfer der Milizen. Auch Männer erleiden solch schreckliche Taten. Sexuelle Gewalt wird verwendet, um an die reichen Rohstoffvorkommen von Gold, Zinn oder Coltan in der Region zu kommen. Begonnen hat diese Grausamkeit mit dem Völkermord in Ruanda. Neben Millionen Flüchtlingen kamen auch schwer bewaffnete Milizen in den Kongo. Schätzungen nach sind es bereits

über 200.000 Vergewaltigungsoffer, die überlebt haben. Sie leiden vermutlich ihr Leben lang an den körperlichen und seelischen Folgen. Quelle: <https://www.helpline-sh.de/vergewaltigung/kriegsvergewaltigung/>

Der kongolesische Arzt Denis Mukwege wird 2018 für seinen Kampf gegen sexuelle Kriegsverbrechen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Frauenarzt Dr. Mukwege hat Zehntausende Opfer sexualisierter Kriegsverbrechen gerettet. „Die Zahl der Opfer sexueller Gewalt, die das Krankenhaus erreichen, liegt seit 2014 bei 2.000 bis 3.000 Personen im Jahr“, lässt Mukweges Stiftung wissen. Im Jahr 2018 steige die Zahl. Der Ostkongo erlebe „ein Wiederaufleben der sexuellen Gewalt, einschließlich Massenvergewaltigungen“. Quelle: <http://www.taz.de/Kolumne-Afrobeat!/5553986/>

## Arbeitsgruppen

### Gewaltfreier Protest in Weiß

Leymah Gbowee kämpfte gemeinsam mit den Frauen in Liberia für Frieden. Für ihr Engagement erhielt sie jetzt den Friedensnobelpreis. Leymah Gbowee war 17, als in ihrem Heimatland Liberia 1989 der Krieg ausbrach. Sie kam frisch von der High-School, als Kriegsherr Charles Taylor den damaligen Präsidenten Samuel Doe stürzte. Für die junge, 1972 geborene Schulabsolventin, die gerade ihr Medizinstudium aufnehmen wollte, brach damals eine Welt zusammen. Viel ist seither passiert, in Liberia und in Leymah Gbowees Leben, das eng mit dem Schicksal ihres Landes verwoben ist.

Als Charles Taylor 1997 Präsident wurde und der brutale Konflikt im Land sich immer weiter zuspitzte, fasste Gbowee einen Entschluss: Sie wollte für den Frieden in Liberia kämpfen zusammen mit den Frauen in ihrem Land. Die junge Frau, die bis dahin traumatisierte Kinder und Bürgerkriegsflüchtlinge betreut hatte, fand schnell Unterstützerinnen für ihr Ziel, sowohl bei Christinnen als auch Musliminnen in Liberia. Sie trafen sich zu Versammlungen und gewaltfreien Demonstrationen. Bei ihren Gebeten und Protestaktionen trugen die Frauen weiße T-Shirts als Zeichen für den Frieden. "Es war eine Armee von Frauen in Weiß, die sich erhoben, als es niemand sonst wagte", schreibt Gbowee in ihrer Autobiographie. "Wir hatten keine Angst, denn die schlimmsten Dinge, die man sich vorstellen kann, waren uns bereits passiert."

Viele Liberianer glauben heute, dass der Bürgerkrieg mit über 250.000 Todesopfern bis heute andauern würde, hätte es die "Frauen in Weiß" nicht gegeben.

### Viele Liberianerinnen sind politisch engagiert

2002 gründete Leymah Gbowee die Bewegung "Women of Liberia Mass Action for Peace", die Massenbewegung liberianischer Frauen für den Frieden. Aufsehen erregte vor allem der "Sex-Streik", eine Aktion bei der die Frauen des Landes die Männer mit Sexentzug zu einer friedlichen Politik zwingen wollten. Im Jahr 2004 wurde Gbowee zudem in die Wahrheits- und Versöhnungskommission Liberias berufen, die es sich nach südafrikanischem Vorbild zur Aufgabe gemacht hat, Dialog und Stabilität wieder herzustellen. Zwei Jahre später wurde sie zur Beraterin des "Women Peace and Security Network" ernannt. Heute leitet sie die Organisation, deren Hauptsitz in Ghana ist. Derzeit lebt sie dort – gemeinsam mit ihrer Familie.

Autorin: Katrin Ogunsade (mit afpe, rtre, dpa)

<https://www.dw.com/de/leymah-gbowee-gewaltfreier-protest-in-wei%C3%9F/a-15445144>

## Arbeitsgruppen

### Black Sash

Black Sash (deutsch: „Schwarze Schärpe“) ist eine Bürgerrechts- und Nichtregierungsorganisation von Frauen in Südafrika. Sie wurde 1955 als gewaltfreie Bewegung von „weißen“ Frauen gegen die Apartheid in Südafrika gegründet und setzte sich für die Rechte der „Nicht-Weißen“ ein.

Die Südafrikanerin Jean Sinclair (1908–1996)[1] gründete während einer Teerunde mit fünf weiteren Frauen aus der „weißen“ Mittelschicht in Kapstadt die Organisation, um gegen die Änderung des Wahlrechts in der Kapprovinz durch die Apartheidsregierung im Zuge der Einschränkungen aus dem Separate Representation of Voters Act zu protestieren.[2] Dabei war den Coloureds das Wahlrecht entzogen worden.

Der ursprüngliche Name der Organisation lautete Women's Defence of the Constitution League (etwa: „Frauenliga zur Verteidigung der Verfassung“). Dabei verhängten sie als Zeichen der Trauer eine Nachbildung des Verfassungstextes mit einer schwarzen Schärpe (englisch: black sash). Bei der ersten landesweiten Versammlung im April 1956 in Bloemfontein nahm die Organisation den Namen Black Sash an. 1961 wurde das Hauptquartier von Kapstadt nach Johannesburg verlegt. Seit 1963 steht die Mitgliedschaft Frauen aller Hautfarben offen.[2] Bis 1975 amtierte Jean Sinclair als Vorsitzende.

Black Sash protestierte gegen zahlreiche Gesetze der Regierung, welche die „Nicht-Weißen“ diskriminierten, etwa die Passgesetze. Sie veranstalteten Demonstrationen und Mahnwachen und trugen dabei die schwarze Schärpe. Sie unterhielten Büros, in denen sich Apartheidsopfer juristisch beraten lassen konnten. Als „Weiße“ wandten sie sich an ihre Parlamentsabgeordneten, die ausschließlich von „Weißen“ gewählt worden waren, um Druck auszuüben. Viele der Frauen sahen sich Anfeindungen anderer „Weißer“ ausgesetzt, mehrere wurden tödlich angegriffen, inhaftiert oder gebannt.[2]

1983 war Black Sash maßgeblich an der Gründung der End-Conscription-Campaign (etwa: „Beendet-die-Wehrpflicht-Kampagne“) beteiligt, die sich erfolgreich für eine Abschaffung der Wehrpflicht einsetzte. Nelson Mandela würdigte die Arbeit von Black Sash in der ersten Rede nach seiner Freilassung aus langer Haft im Februar 1990: „Ich erweise auch dem Black Sash [...] meine Ehre. Wir stellen mit Stolz fest, dass Sie als Gewissen des weißen Südafrika gehandelt haben. Sogar in den dunkelsten Tagen der Geschichte unseres Kampfes haben Sie die Flagge der Freiheit hochgehalten.“ – Nelson Mandela, Februar 1990[3]

Ein Appell von Black Sash an die damaligen Konfliktparteien führte Mitte der 1990er Jahre zur Bildung der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC), deren Arbeit maßgeblich zur Versöhnung in Südafrika beitrug.[2] Mit der Abschaffung der Apartheid in den frühen 1990er Jahren änderte Black Sash ihr Profil hin zu einer Menschenrechtsorganisation, die allen Südafrikanerinnen offensteht. Die vier Ziele sind

- Information der Bevölkerung über ihre Rechte
- Einsatz für eine Politik, die diese Rechte beschützt und ausbaut
- Beobachtung des Rechtswesens und Eingreifen, wenn diese Rechte gefährdet sind, und
- kostenlose Rechtsberatung, die den Ratsuchenden zeigt, wie sie innerhalb des Rechtssystems ihre Rechte wahrnehmen können.[2]

An der Spitze von Black Sash steht ein National Director; 2012 ist dies Marcella Naidoo. Ein Aufsichtsrat kontrolliert die Arbeit der Organisation. Die Zentrale befindet sich wieder in Kapstadt. Der Wahlspruch der Organisation lautet Making Human Rights Real (deutsch: „Die Menschenrechte Wirklichkeit werden lassen“). Seit 1995 wird die Arbeit des Parlaments in Südafrika durch die unabhängige Parliamentary Monitoring Group (deutsch etwa: Parlamentarische Monitoringgruppe) begleitet. Sie fördert mit ihren Aktivitäten die öffentliche Bereitstellung von korrekten und nachprüfaren Informationen. Black Sash gehört zu den Gründungsorganisationen dieser Institution, die seit dem Juli 2009 als eine unabhängige Nichtregierungsorganisation zur Transparenz im parlamentarischen Alltag beiträgt.[4] Zu den bekanntesten Black-Sash-Mitgliedern zählen Helen Zille und Ellen Hellmann (1908–1982).[2][5]

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Black\\_Sash](https://de.wikipedia.org/wiki/Black_Sash)



## Arbeitsgruppen

### Mit schwarzen Regenschirmen - Proteste gegen Abtreibungsverbot in Polen

#### **WARSCHAU taz | Erneut demonstrieren aufgebrachte Frauen am Montag landesweit gegen die geplante Verschärfung des Abtreibungsrechts.**

Sylwia überragt alle anderen Demonstrantinnen. „Es kommen immer mehr“, freut sich die 19-jährige nach einem Rundblick über die „Bratpfanne“, dem Platz vor der Warschauer Metrostation Centrum. Gemeinsam mit ihrer Mutter Helena steht sie in der langen Schlange vor einem schwarzen Zelt, um die Frauen-Petition mit elf Forderungen an die national-populistische Regierung zu unterschreiben.

Ein junger Mann, ebenfalls ganz in schwarz gekleidet, verteilt solidarisch Flugblätter mit dem Text der Petition: „Nein zu Verachtung und Gewalt gegen Frauen!“ steht an erster Stelle, dann „Nein zur Einmischung der Kirche in die Politik“ und „Nein zur Politik in der Schule“. In über 100 Orten Polens demonstrieren am Montag aufgebrachte Frauen. Helena, die noch vor zwei Jahren Mathematik und Physik an einem Warschauer Gymnasium unterrichtete, empört sich: „Unser Land verwandelt sich immer mehr in eine katholische Diktatur. Die Priester reden uns sogar in unseren Unterricht an der Schule rein, es muss gebetet werden, überall hängen Kreuzfixe.“ Die Rentnerin atmet tief durch: „Gut, dass die Polinnen endlich solidarisch zusammenstehen und für ihre Rechte demonstrieren.“ Die Schlange rückt weiter vor. Noch fünf Frauen, dann wird sie endlich an der Reihe sein und die Petition unterschreiben können.

Ihre Tochter Sylwia, die ebenfalls Mathematik-Lehrerin werden will, nickt. „Wir dachten, wir wären frei – nach dem Kommunismus, den ich schon nicht mehr erlebt habe. Meine Eltern und Großeltern haben für meine Generation die Freiheit erkämpft. Und nun will die Regierung Polens zusammen mit der katholischen Kirche die Zeit zurückdrehen.“

Sie holt ein handgemaltes Plakat aus der großen schwarzen Stofftasche. „Das trage ich nachher auf der Demo vor dem Kulturpalast“, sagt sie und hält das Plakat in die Höhe: „Ich wünsche, ich könnte diese Regierung abtreiben!“ Ihre Mutter will nicht zurückstehen: „Hier ist mein Plakat“, ruft sie gegen den enormen Lärm an: „Das freie Polen ist eine Frau!“ liest sie laut vor und setzt hinzu: „Ich hätte auch schreiben können „Bischöfe, haltet Euch raus aus meiner Gebärmutter!“

Sie dreht sich um und greift nach einem Kugelschreiber, um die Frauenpetition zu unterschreiben. „Wie viele Unterschriften haben wir schon, fragt sie und hört als Antwort: „Über viertausend!“ Dann greift sich Sylwia den Stift und unterschreibt.

Plötzlich wird es ohrendbetäubend laut. Pro-Life-Anhänger mit großen Plakaten, auf denen Hitler neben in Blut schwimmenden Föten zu sehen ist, blasen mit Trillerpfeifen und Wuwuzelas in Megaphone, die zusätzlich an Lautsprecher angeschlossen sind. Einige Frauen fordern die stämmigen Pro-Life-Männer auf, die Frauendemo zu verlassen und vor allem sofort die Megaphone auszuschalten.

Doch Polizisten mit dicken schusssicheren Westen stellen sich schützend vor die Pro-Life-Männer. „Das ist unsere Demo“ schreit eine junge Demonstrantin und versucht die Lautsprecher umzuwerfen. Doch die Polizisten stehen ganz klar auf Seiten der Männer, die den Frauen hämisch grinsend den Stinkefinger zeigen.

Sylwia und Helena sehen sich stumm an, gehen zu der Pro-Life- und Polizisten-Gruppe, zeigen den Männern das Plakat „Ich wünsche, ich könnte die Regierung abtreiben“ und beginnen zu skandieren „Feiglinge, Feiglinge“, bis alle Frauen einfallen „Feiglinge, Feiglinge“.

Quelle: <http://www.taz.de/!5351867/>

## Arbeitsgruppen

### Der Rosenstraße-Protest, 1943

Der Rosenstraße-Protest war die größte spontane Protestdemonstration im Deutschen Reich während der Zeit des Nationalsozialismus. Ende Februar/Anfang März 1943 verlangten „arische“ Ehepartner aus „Mischehen“ und andere Angehörige von verhafteten Juden in Berlin deren Freilassung.

Am 27. Februar 1943 begannen SS und Gestapo in der sogenannten „Fabrikaktion“ die noch verbliebenen Berliner Juden zu verhaften und sie „zur Durchschleusung“[1] in mehrere Sammellager zu bringen. Unter den mehr als 8000 Verhafteten befanden sich zahlreiche Partner aus „deutschblütig“-jüdischen „Mischehen“ und „Geltungsjuden“. Diese (etwa 2000 Personen) wurden aussortiert und in das Gebäude der ehemaligen Behörde für Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge der Jüdischen Gemeinde verbracht, das sich in Berlin-Mitte in der Rosenstraße 2–4 dicht beim Alexanderplatz befand.

Bereits am Abend des 27. Februar bildete sich vor dem Gebäude eine Menschenmenge, die sich vorwiegend aus Frauen und Angehörigen der Inhaftierten zusammensetzte. Zeitweilig wurde unüberhörbar die Freilassung dieser Angehörigen gefordert. Auch in den nächsten Tagen blieb diese Menschenansammlung aus mehreren hundert ständig wechselnden Teilnehmern bestehen. Die Polizei forderte die Frauen mehrfach auf, die Straße zu verlassen. Doch wichen diese nur in Seitenstraßen aus, um kurz danach zurückzukommen. Es gibt Zeugenaussagen, nach denen die Polizei auch mit dem Einsatz von Waffengewalt drohte oder gar einige der Demonstrantinnen verhaftete. Beides wird jedoch nicht durch weitere Zeugen oder andere Quellen bestätigt und ist daher unter Historikern umstritten.

Am 5. März wurden 25 der Inhaftierten aus der Rosenstraße zur Zwangsarbeit in das KZ Auschwitz III Monowitz deportiert. Diese wurden jedoch nach wenigen Wochen zurückgeholt und entlassen. Offenbar hatten übereifrige Gestapobeamte die Vorgaben des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) nicht eingehalten, nach denen bestimmte Gruppen von der Deportation verschont bleiben sollten.

Schon seit dem 2. März und fortlaufend in den beiden nächsten Wochen wurden die in der Rosenstraße versammelten Juden aus „Mischehen“ sowie „Geltungsjuden“ und einige „Ausnahmefälle“ nacheinander freigelassen. Wahrscheinlich kamen fast alle dieser 2000 in die Rosenstraße verlegten Personen wieder frei, nachdem ihre Angaben zeitaufwändig überprüft worden waren und ihr „Status“ zweifelsfrei feststand. Von den 6000 Juden, die in den anderen Sammellagern inhaftiert waren, wurden einige nach Theresienstadt deportiert. Die meisten wurden jedoch in das KZ Auschwitz-Birkenau verschleppt und dort größtenteils sofort ermordet.

Die aus dem Gewahrsam in der Rosenstraße Entlassenen mussten sich beim Arbeitsamt melden und wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Vielen wurde eine Arbeit bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und deren Einrichtungen zugewiesen. Dort ersetzten sie „volljüdische“ Arbeitskräfte, die deportiert worden waren.

Dieses Vorgehen stimmt mit einer schriftlichen Anweisung des Reichssicherheitshauptamts vom 20. Februar 1943 überein, nach der in Mischehen lebende Juden sowie ähnliche andere, genau definierte Gruppen von der Deportation ausgenommen werden sollten.[2] Folgerichtig fand die dazu erforderliche Überprüfung im Gebäude Rosenstraße 2–4 statt. Der Historiker Wolf Gruner weist darauf hin, dass nur ein geringer Teil der insgesamt 8000 in Mischehen lebenden Juden verhaftet worden war; ihre Deportation war offensichtlich nicht vorgesehen. Diese Quellen und Argumente widersprechen der weitverbreiteten Ansicht, der „Protest mutiger Frauen“ habe ursächlich zur Freilassung der inhaftierten Juden aus „Mischehen“ geführt.

Vereinzelte wird die Freilassung auch auf eine Intervention von Adolf Kardinal Bertram zurückgeführt.[3]

Andere Forscher stützen sich auf Aussagen von Zeitzeugen, die jedoch widersprüchlich sind. Sie nehmen an, dass Goebbels persönlich die Freilassung erwirkte, um die fortdauernden Unruhen zu beenden, und zitiert seinen Tagebucheintrag vom 6. März: „Gerade in diesem Augenblick [nach schweren Zerstörungen durch Bombenangriffe] hält der SD es für günstig, in der Judenevakuierung fortzufahren. Es haben sich da leider etwas unliebsame Szenen vor einem jüdischen Altersheim abgespielt, wo die Bevölkerung sich in größerer Menge ansammelte und zum Teil sogar für die Juden Partei ergriff. Ich gebe dem SD Auftrag, die Judenevakuierung nicht ausgerechnet in einer so kritischen Zeit fortzusetzen. Wir wollen uns das lieber noch einige Wochen aufsparen; dann können wir es umso gründlicher durchführen.“[4]

Auf diese Quelle stützt sich die Annahme, Goebbels habe die Aktion aufgrund des Protestes einstellen lassen. Tatsächlich wurde sie jedoch beschleunigt nach den ursprünglichen Anweisungen fortgeführt. Am 11. März 1943 beanstandete Goebbels lediglich die verfrühte Verhaftung von Juden aus privilegierten „Mischehen“: „Die Evakuierung der Juden aus Berlin hat doch zu manchen Misshelligkeiten geführt. Leider sind dabei auch die Juden und Jüdinnen aus privilegierten Ehen zuerst mit verhaftet worden, was zu großer Angst und Verwirrung geführt hat.“[5]

Auch Historiker, die die Freilassung der Verhafteten nicht ursächlich auf den öffentlichen Protest der Angehörigen zurückführen, heben den mutigen Widerstand als leuchtendes Vorbild und seltenes Beispiel für Zivilcourage im Terrorstaat lobend hervor. Erfolg oder Misserfolg sei kein Maßstab für die moralische Bewertung eines Widerstandes. Verworfen wird von diesen Historikern jedoch die Unterstellung, man hätte den weit fortgeschrittenen mörderischen Holocaust zu diesem Zeitpunkt noch durch eine derartige Demonstration wirksam beeinflussen können.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Rosenstra%C3%9Fe-Protest>

**Autorin:** Ulrike Lang, Referentin Frauenarbeit, Ev. Frauen in Hessen und Nassau e.V.  
Erstellt für den Materialpool im Februar 2019